NETZWERK CUBA
– informationsbüro – e.V.
Solidarität mit Cuba

weydingerstr. 14-16 * 10178 berlin
tel.: +49 (0)30 - 24 00 93 38
e-mail: info@netzwerk-cuba.de
internet: www.netzwerk-cuba.de
www.facebook.com/RedCubaAlemania
DE28 4306 0967 1206 4415 00
BIC: GENODEM1GLS

Kubas Herausforderungen für 2024

Stand 05.02.2024

Der Dezember ist in Kuba der Monat höchster staatlicher Aktivität, in dem Bilanz gezogen wird und die Weichen für das kommende Jahr gestellt werden. Es tagte das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas (der nächste Parteitag soll 2026 stattfinden) und die ständigen Arbeitsgruppen der Nationalversammlung sowie die Nationalversammlung selbst. Es wurde berichtet, dass es im ZK lebhafte Debatten gegeben habe über die geplanten Maßnahmen zur Wiederbelebung der kubanischen Wirtschaft, die anderen Debatten wurden im Fernsehen übertragen, mit verständlichen Präsentationen der zuständigen Minister. Da ich die Übertragungen selbst verfolgen konnte: keine aufgesetzte Rhetorik, sondern leidenschaftliche Berichte und Beiträge, die ein schonungsloses Bild der katastrophalen Lage und der 2023 nicht erreichten Ziele zeichneten, vor voll besetzten Bänken – unvorstellbar eine solche Debatte im deutschen Bundestag.

Dabei hatte **das Jahr 2023** ein besseres werden sollen nach der Pandemie, nach dramatischen Ereignissen wie die Explosion in Hotel Saratoga in Havanna, der Brand im Treibstofflager von Matanzas und die Verwüstungen durch den Hurrikan Ian. „Der Plan und der Staatshaushalt für das Jahr 2023 eröffnet Lichtblicke“, so der Staatspräsident, Miguel Díaz-Canel, in der Nationalversammlung am 14.12.2022. „Es gilt, die Trägheit abzuschütteln, die Bürokratie zu beseitigen, weitere Hindernisse zu beseitigen und die Selbstzufriedenheit zu überwinden.“ „Ich empfinde eine enorme Unzufriedenheit darüber, dass es mir nicht gelungen ist, von der Führung des Landes aus, die Ergebnisse zu erzielen, die das kubanische Volk braucht, um den ersehnten und erhofften Wohlstand zu erreichen. Aber ich glaube an die kollektive Führung...“

Wodurch war das Jahr 2023 gekennzeichnet?
Es wurde ein Wachstum des BIP in Höhe von 3% erwartet, auch aufgrund von umfangreichen außenpolitischen Aktivitäten, die Deviseneinnahmen (Exporte, Tourismus) sollten gesteigert, der Devisenmarkt wieder beherrscht werden. Neue Arbeitsplätze sollten entstehen, die Treibstoff- und Energieversorgung gesichert sein, die staatlichen Unternehmen reformiert und die Landwirtschaft effizienter werden.

Foto: Miguel Febles Hernández, Granma: Information über die Ausgabe der Produkte des Familienkorbs, 17.1.2024

Die **kubanische Bevölkerung** erlebte ganz anderes: das größte Problem: die gestiegenen Preise für Waren des täglichen Bedarfs, der normierte Familienkorb, weitgehend aus Importwaren mit gestiegenen Weltmarktpreisen bestehend, konnte nicht immer zur Verfügung gestellt werden, es mangelte an Bargeld und Devisen (staatliche Banken), der informelle Devisenmarkt boomte, die Emigration und damit der Arbeitskräftemangel in allen Wirtschaftsbereichen (auch im Gesundheits- und Bildungssektor sowie der Landwirtschaft) stieg an, die landwirtschaftliche Produktion fiel weiter zurück, die wenigen Devisen wurden im nichtstaatlichen Sektor überwiegend für Fertigprodukte und nicht für Betriebsmittel ausgegeben. Energieversorgung und Transportwesen waren nicht immer stabil. Die Einkommen im Haushalts-finanzierten Bereich und der Rentner reichten effektiv nicht aus. Von Mangel im medizinischen Bereich ganz zu schweigen. Im vierten Jahr der Rezession geht den Menschen langsam die Puste aus, die Hoffnung auf eine rasche Verbesserung des Alltags schwindet.

Der Minister für Wirtschaft und Planung, Alejandro Gil Fernández, trug die **vorläufige Bilanz für das Jahr 2023** vor und er befürchtete, dass es sogar zu einer Schrumpfung des BIP um 1-2 % kommen könnte. Er betonte, dass diese Lage durch die Verschärfung der Blockade, die multidimensionale Krise auf globaler Ebene, die unzureichende Erwirtschaftung von Deviseneinnahmen und makroökonomische Ungleichgewichte beeinflusst wurde....
Die nationale Produktion, sowohl für den Inlandsverbrauch als auch für den Export, wurde durch den Mangel an Betriebsmitteln und Treibstoff beeinträchtigt, was sich vor allem auf die staatlichen Unternehmen auswirkte, die den größten Reichtum schaffen und für das Wachstum und die Entwicklung des Landes entscheidend sind.

Foto: Ilustrativa, Granma

Die elektrischen Ausfälle wurden 2023 um 70 % reduziert. Der private Verbrauch macht 61% des Verbrauchs an elektrischer Energie im Land aus. 10.1.2024

Die Nahrungsmittelproduktion konnte nicht das geplante Niveau erreichen und ist bei Lebensmitteln, Mais, Schweinefleisch, Milch und Eiern im Vergleich zu 2022 rückläufig. Auch die soziale Tätigkeit wurde unter anderem durch den Devisenmangel und die Abwanderung von Arbeitnehmern in vorrangigen Sektoren wie Gesundheit und Bildung beeinträchtigt.

Gil Fernández betonte, dass **das Land Anstrengungen unternehme**, um mit den verfügbaren Finanzmitteln vorrangig die Produkte des Standard-Familienkorbs, die Erzeugung von Strom, Treibstoff, Reinigungsmitteln und anderen lebenswichtigen Ressourcen zu liefern; es sei jedoch nicht möglich gewesen, alle Grundbedürfnisse zu decken, so dass das Leben der Bevölkerung beeinträchtigt worden sei.Er wies darauf hin, dass die Inflation, die sich in den vergangenen Jahren angesammelt hat, auf 30 % geschätzt wird und die Kaufkraft der Arbeitseinkommen beeinträchtigt und „eine der größten Herausforderungen und ungelösten Probleme in der Wirtschaft darstellt“.
Der Minister fügte hinzu, dass das hohe Inflationsniveau auf den Anstieg der internationalen Preise, das Defizit an Arbeitskräften, den Rückgang des Angebots, das Haushaltsdefizit, die Spekulation und die hohen Preise, insbesondere im nicht-staatlichen Sektor, sowie auf die Unwirksamkeit der zur

Preiskontrolle ergriffenen Maßnahmen zurückzuführen ist, da die festgelegten Maßnahmen wiederholt nicht eingehalten worden seien.

An dieser Stelle sollte in Erinnerung gerufen werden, dass **Kuba eine sozialistische Planwirtschaft** ist, d.h. unter anderem, dass der Staatshaushalt zu wesentlichen Teilen aus den erwirtschafteten Gewinnen der staatlichen Unternehmen (auch in Joint Venture) finanziert wird, nur ein vergleichsweise geringer Anteil aus Steuern und Abgaben stammt. Der Anteil des nichtstaatlichen Bereichs (Kleinst-, Klein und Mittelunternehmen bis zu 100 Beschäftigten - KMU), Cuentapropistas) beträgt gegenwärtig rund 13 % des BIP, in ihm sind rund 260.000 Menschen beschäftigt. Er soll über Steuern und Abgaben zum Gemeinwohl beitragen.
Aus dem Staatshaushalt werden nicht nur die staatliche Verwaltung finanziert, sondern vor allem auch die Errungenschaften der Revolution wie das kostenlose Gesundheits- und Bildungswesen und die soziale Absicherung inkl. Kultur und Sport (zusammen 63% der staatlichen Ausgaben). Weitere wesentliche Ausgaben sind für die Subventionierung von Sprit, Gas, Strom, Wasser und Lebensmittel (insbesondere des „Familienkorbs“, gegenwärtig fast gänzlich aus importierten Produkten bestehend) sowie Transport vorgesehen. Nicht zu vergessen: auch die Mittel für Investitionen für die Aufrechterhaltung und Erweiterung der Produktion (Export und nationale Produktion), Infrastruktur und Wohnungsbau kommen letztlich aus dem Staatshaushalt. Außerdem müssen Staatsschulden im Ausland bedient werden.

Und wenn dann die geplanten Einnahmen nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehen, die staatlichen Unternehmen zum Teil defizitär arbeiten, die Landwirtschaft (weitgehend privat organisiert) weiter zurückbleibt, die Kosten von Importen immens gestiegen sind aufgrund weltwirtschaftlicher Entwicklungen, im privaten Bereich die kostbaren Devisen überwiegend für den Konsum und nicht für Produktionsmittel ausgegeben werden, Steuereinnahmen unzureichend eingetrieben werden....

Und das alles vor dem **Hintergrund der mehr als 62jährigen, verschärften Blockade** mit ihren extraterritorialen Wirkungen und der kaum möglichen Finanzbeziehungen wegen der willkürlichen **Einbeziehung Kubas in die US-Liste der Terror begünstigenden Staaten**, führt dies zusammengenommen dazu, dass Kuba weitgehend auf sich selbst gestellt ist, was die Überwindung dieser krisenhaften Situation angeht. Kuba betreibt zwar eine ausgesprochen erfolgreiche Außenpolitik und hat zahlreiche Verträge abgeschlossen, insbesondere mit strategischen Partnern wie Russland, China, Vietnam, Venezuela, Brasilien... z.T. beruhend auf Austauschgeschäften im gegenseitigen Interesse möglichst unter Umgehung von Finanzbeziehungen (Dollar) und in der Regel verbunden mit Technologietransfer. Aber in der Politik regieren nicht vor allem Freundschaften, sondern Interessen, und der Arm der USA reicht noch weit. So bleiben **gezielte, bedarfsorientierte Spenden** auch in Zukunft von hoher Bedeutung.

Foto: Tony Hernández Mena, Granma, 15.1.2024 Der Staatsrat analysierte den Zeitplan zur Implementierung der Regierungspläne mit dem Ziel, Verwerfungen zu korrigieren und die Wirtschaft zu stimulieren.

So fasste **Miguel Mario Díaz-Canel Bermúdez**, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas und Präsident der Republik, die Situation am **Abschlusstag der Sitzung der Nationalversammlung im Dezember 2023** so zusammen:
„Die Korrektur der tiefgreifenden Verwerfungen und strukturellen Abweichungen, die die wirtschaftliche Leistung behindern, ist ein Gebot der Stunde, um die äußerst schwierige Situation zu überwinden, in der wir uns heute befinden, und die auf die kombinierten Auswirkungen der US-Belagerung, der Krise der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und unserer eigenen Fehler zurückzuführen ist.
…
Im Laufe der Debatten der letzten Tage wurde kritisch und selbstkritisch über die Fehler gesprochen, die gemacht worden sind. Diese Fehler sind auch Teil der Komplexität der Entscheidungsfindung in einem Kontext extremer Spannungen.
In einer Art perfektem Sturm haben sich der Wunsch, die widrige Situation zu überwinden, die Korrelation zwischen den wirtschaftlichen Variablen, die Verpflichtung, die sozialen Errungenschaften zu bewahren, und die sehr begrenzte und manchmal nicht vorhandene Verfügbarkeit von Devisen sehr oft zu einer Art perfektem Sturm vereint. All dies war der Nährboden für Entscheidungen, die nicht das Ganze im Auge hatten, und folgerichtig zu Missverständnissen und negativen Auswirkungen führten, weil sie unter ungünstigen Bedingungen getroffen wurden. Viele hielten diese für die Ursache aller Probleme, obwohl sie nicht die einzigen oder noch nicht einmal die entscheidendsten waren.
In diesen Tagen haben wir von Bemühungen gesprochen, die noch nicht in Lösungen umgesetzt wurden, von Maßnahmen, die nicht zum Tragen kamen, von Prognosen, die sich nicht erfüllt haben. Genauso wie wir Fehler in der Konzeption und unzureichenden Umsetzung der Aufgabe Neuordnung erkannt haben, haben wir die Zulassung neuer Wirtschaftsakteure erörtert, ohne genaue Handlungsregeln festzulegen, die zahlreiche Abweichungen hätten verhindern können.
Es ist auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass die fehlende Kontrolle und Durchführung der genehmigten Regeln und die unzureichende Funktionsweise der für ihre Ausführung zuständigen staatlichen Stellen die Fehler verstärkt haben“.

Es kam **Manuel Marrero Cruz, Mitglied des Politbüros und Ministerpräsident**, zu, die **Prognosen und die Maßnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft im Jahre 2024** in der Nationalversammlung vorzustellen. Er sprach von einem „Szenario der Kriegswirtschaft“ und von den Kampagnen des Gegners, denen standzuhalten es gelte, aber auch von der Notwendigkeit, die Arbeit der Ministerien für Wirtschaft und Finanzen und Preise zu verbessern. Gegenwärtig komme es wegen Verstößen gegen Institutionen und Vorschriften zu Verzerrungen, „ohne dass dies für die Täter ein rechtliches, administratives, steuerliches oder strafrechtliches Risiko bedeutet“.
Er wies darauf hin, dass die Importmentalität und der Zugang zum Devisenkreislauf in den produktiven und kommerziellen Sektoren zugenommen hätten. Das historische Ungleichgewicht in der Handelsbilanz habe sich verschlimmert, ebenso wie der Rückgang der Exporteinnahmen, ohne dass die Importe nennenswert zurückgegangen wären.

„Bei der Einhaltung des Grundsatzes, die Bedürftigen und nicht die Produkte zu subventionieren, sind keine Fortschritte erzielt worden und es werden weiterhin zahlreiche staatliche Subventionen gewährt, die im nächsten Jahr abgebaut werden müssen“, sagte er.
Die Beteiligung ausländischer Investitionen an der Entwicklung der Wirtschaft sei unzureichend, und diesem Thema werde nicht die erforderliche Priorität eingeräumt, ebenso wenig wie die Förderung von Geschäften zwischen den verschiedenen Wirtschaftsakteuren zur Nutzung ungenutzter oder zu wenig genutzter Kapazitäten.

In Bezug auf die **landwirtschaftliche Produktion** und insbesondere die Nahrungsmittelproduktion sagte er, dass das zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung und des Landes erforderliche Niveau nicht erreicht werde, da es nach wie vor Unzulänglichkeiten bei der Kontrolle des Bodens und bei der Auftragsvergabe an nichtstaatliche Produktionsformen gebe, die in der landwirtschaftlichen Produktion die Mehrheit bilden, während sich in der Zuckerindustrie die Zuckerrohrproduktion nicht erholt habe.
Marrero Cruz kritisierte, dass der jährliche Wirtschaftsplan und der Staatshaushalt nicht in Übereinstimmung mit den Kapazitäten, dem Potenzial und den Entwicklungsbedürfnissen des Landes projiziert würden. Er wies darauf hin, dass wirksame Methoden zur direkten oder indirekten Regulierung

und Kontrolle der Groß- und Einzelhandelspreise nicht gewährleistet würden, während die Funktionsweise des Steuerverwaltungssystems weiterhin unzureichend sei.
Im Folgenden trug er zahlreiche **geplante Maßnahmen** vor, von denen hier nur einige benannt werden können:

- **Erhöhung der Deviseneinnahmen**, Neuordnung des Devisenmarktes, Intervention auf dem informellen Markt und Kontrolle des Wechselkurses, Rückgewinnung der Remesas
- Verhandlungen mit Lieferanten zur stabilen Versorgung mit Gütern, Problem: zuverlässige Zahlung
- Neuverhandlung der Auslandsschulden, Aufbau von Geschäfts- und Kreditbeziehungen mit ausländischen Unternehmen und Stärkung des elektronischen Handels mit Vorrang für Energie und Landwirtschaft
- **Steigerung der Inlandsproduktion**: rationelle Bodennutzung, Vertragsbeziehungen zu den nichtstaatlichen Erzeugern, weitgehend kommunale Selbstversorgung, Erwirtschaftung von Devisen durch Export für die Verausgabung für den eigenen Import, Senkung der Zölle für die Einfuhr von Produktionsmitteln, Erhöhung der Zölle für die Einfuhr von Fertigprodukten, die im Land selbst herstellbar sind, z.B. Tabak, Zigarren, Rum, Bier …, Einführung eines Finanzierungsmechanismus für die einheimische Lebensmittelproduktion.
- **konsequente Erhebung von Steuern**, Aktualisierung der Kosten für den Standardwarenkorb für Familien
- **Begrenzung des Haushaltsdefizits**
- **Aktualisierung der Preise** für Brennstoffe und Flüssiggas, Anhebung der Stromtarife um 25 % für Großverbraucher, des Tarifs für Wasser, Preisanhebung für Zigarren und Tabak, neue Tarife für die Personenbeförderung
- **Veränderung des Subventionssystems** in Richtung auf eine zielgerichtete Förderung von bedürftigen Personen
- Aktualisierung der Referenzwerte für Wohnungen mit Verbesserung der Steuererhebung
- bessere **Preisregulierung und -kontrolle**

Foto: Cubadebate, In Pinar del Río 54.000 neue Hektar bisher brach liegenden Bodens werden bearbeitet

- **Beschäftigungslage**: Rückgang gegenwärtig um 4 %, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Arbeitsvermittlung, Flexibilisierung der Löhne, Maßnahmen zur Stabilisierung der Beschäftigung.
- **Wirtschaftsakteure**: Umgestaltung der sozialistischen Staatsunternehmen als Hauptakteur, Einteilung in Klassen mit unterschiedlicher Finanzierung aus dem Staatshaushalt, Stärkung der Autonomie, Förderung der Gründung von staatlichen KMU

- Aktualisierung der nicht genehmigten Tätigkeiten für **nichtstaatliche Akteure**, Dezentralisierung der Genehmigung, präzisere Rechtsnormen, Anwendung einer Umsatzsteuer, Verhinderung von Steuerhinterziehung, Klärung der echten Liquidität und Untersuchung der Verbindungen zu ausländischen Unternehmen (Kredite, finanzielle Unterstützung).
- Entwicklung der **Provinzen**
- Verbesserung der Regierungstätigkeit bei Verlust von qualifiziertem Personal in Schlüsselpositionen, Verkleinerung des Haushaltssektors (derzeit 51 % der Beschäftigten).
- Menschen mit Behinderungen, Demographische Dynamik, soziale Einrichtungen
- **Einkommensverbesserungen** für etliche Beschäftigte im Gesundheits- und Bildungsbereich.

Es ist erkennbar, dass etliche der Maßnahmen das sowieso schon schwierige Alltagsleben der Kubaner:innen zusätzlich belasten werden, im Interesse der Entlastung des Staatshaushalts und der stärkeren Berücksichtigung der Kosten für die Beschaffung von Energie, Treibstoff und Lebensmitteln, um Spielraum zu gewinnen für die Steuerung der Wirtschaft.

Darauf nahm **Díaz-Canel** in seiner Rede Bezug:
„In den kommenden Tagen werden wir in unseren Medien und auf unseren Plattformen ausführlichere und detailliertere Erklärungen abgeben. Aber ich versichere nachdrücklich, dass es weder ein neoliberales Paket gegen das Volk, noch einen Kreuzzug gegen Kleinst- und Kleinunternehmen, noch die Abschaffung des Grundnahrungsmittelkorbs geben wird, wie es die Konterrevolution bereits in den sozialen Netzwerken verbreitet (Beifall). …
Wir können uns für den ausdrücklichen Willen der Regierung, das höchstmögliche Maß an sozialer Gerechtigkeit zu bewahren, und unsere immer und ewig währende Verpflichtung gegenüber dem kubanischen Volk verbürgen (Beifall). …
Die schrittweise Abschaffung einiger Subventionen und die Änderungen in der Steuerpolitik zielen u.a. darauf ab, unhaltbare Abweichungen und Verzerrungen in der derzeitigen Wirtschaftslage zu korrigieren. Es handelt sich dabei um Anpassungen, die eine notwendige und bessere Nutzung der knappen finanziellen Ressourcen ermöglichen werden …
Es werden für das Jahr 2024 Zuwächse prognostiziert, die für das Land entscheidend sind, aber noch nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken“.

Kuba wird die gegenwärtig gültigen Tarife für Personentransporte noch beibehalten, 1.2.2024

Der Minister für Transportwesen in Kuba informierte heute, dass man beschlossen hat, bis zur Aktualisierung der Preise für Sprit die gültigen Tarife für den Passagiertransport beizubehalten.

Schon im Oktober hatte **Díaz-Canel** auf der Tagung des Ministerrats gesagt:
„Die größte Forderung an uns muss zur Zeit darin bestehen, aus eigener Kraft, mit unserem eigenen Talent, unseren eigenen Fähigkeiten und mit unserem Potenzial mehr zu produzieren. Uns bleibt kein anderer Ausweg, denn es gibt keine magischen Maßnahmen, die von einem Moment auf den anderen die gegenwärtige Situation im Lande kurzfristig ändern könnte“.

Die **„ausführlicheren und detaillierten Erklärungen“** haben schon begonnen, in Fernsehsendungen und Artikeln und Gesprächen. **Einige Beispiele**:

Granma vom 28.12.2024: Aus den Äußerungen der Bevölkerung zum **Standardwarenkorb für Familien** geht hervor, dass man sich Sorgen macht, dass die Subventionen für alle Menschen gleichermaßen aufrechterhalten werden, obwohl nicht alle über die gleiche Kaufkraft verfügen.
Dies, so stellte Gil Fenández klar, sollte überdacht werden, denn diese Sicherstellung von Produkten zu hoch subventionierten Preisen aufrechtzuerhalten, stelle derzeit keine gerechte Verteilung dar.
„Vor allem nicht wegen der sehr hohen Kosten, die dem Land durch die Beibehaltung des standardisierten Familienwarenkorbs entstehen, dessen Einfuhr aufgrund des Preisanstiegs auf dem internationalen Markt mehr als 1,6 Milliarden Dollar ausmacht, 700 Millionen mehr als 2019“.

Eine weitere Verzerrung liege in den **Kraftstoffpreisen**: „Kann dieses Land diese Preise aufrechterhalten, die im Vergleich zu denen anderer Länder wahrscheinlich die niedrigsten der Welt sind, und auch im Vergleich zu den Devisenpreisen auf dem kubanischen informellen Markt?
In diesem Zusammenhang präzisierte er, dass das Problem im Hinblick auf die Auswirkungen, die es auf die Treibstoffknappheit im Land hat, und auf die Kosten analysiert werden soll, um ein Versorgungsangebot aufrechtzuerhalten, das offensichtlich nicht gewährleistet werden kann, wenn wir den Treibstoff zu subventionierten Preisen verkaufen.

Eines der **Hauptprobleme der Wirtschaft** bestehe darin, dass das, was sie verkaufe, die Kosten für den Nachschub nicht decke. „Wenn Sie Treibstoff kaufen und ihn billiger verkaufen, als er Sie gekostet hat, wie können Sie dann das Schiff bezahlen, das danach einläuft?
Es gehe hier um Treibstoff, der mit ausländischer Währung auf dem externen Markt gekauft und zu einem niedrigen Preis in nationaler Währung verkauft werde, „und wir haben immer noch keinen internen Konvertibilitäts-Mechanismus, der sicherstellt, dass mit diesen kubanischen Pesos Dollar gekauft und der Treibstoff wieder importiert werden kann“.
Bei den konzeptionellen und praktischen Diskussionen über die Maßnahmen müsse deutlich gemacht werden, dass nichts zum Nulltarif zu haben sei.

„Ähnlich verhält es sich mit dem **Strom**, weshalb das Sparen durch bestimmte Maßnahmen gefördert werden sollte, denn wenn der Verbrauch einen bestimmten Betrag übersteigt (wir haben ihn auf 500 kWh/Monat festgelegt), haben diejenigen, die am meisten verbrauchen, auch eine gewisse Auswirkung auf diejenigen, die am wenigsten verbrauchen, denn wenn die Sperre durchgeführt werden muss, gilt sie für alle. Die Stromsperre macht keinen Unterschied zwischen den größten und den kleinsten Verbrauchern“, sagte er.

Nachdem er bekräftigt hatte, dass die **Maßnahmen nicht darauf abzielen, Einnahmen zu erzielen**, sondern günstigere Bedingungen zu schaffen, um die notwendigen Einsparungen für die Wirtschaft anzuregen, erinnerte er daran, dass der Stromtarif für Gering-Verbraucher und für diejenigen mit höherem Verbrauch subventioniert werde, wobei die hohen Devisenkosten, die mit der Energieerzeugung verbunden sind, unmöglich durch den Verkauf von heimischer Energie im Land gedeckt werden können. „Wie nachhaltig ist das, und wer zahlt dafür? Die Antwort lautet, dass wir alle dafür bezahlen.

Kuba hat also ein weiteres schwieriges Jahr 2024 vor sich, vor allem hervorgerufen durch die verbrecherische Wirtschafts- Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba mit all ihren zerstörerischen Konsequenzen, welche eine normale Entwicklung der kubanischen Wirtschaft und Gesellschaft verhindert. Dagegen muss sich unser Kampf weiterhin richten. Mit unserer politischen und materiellen Solidarität müssen wir Kuba auf seinem sozialistischen Weg tatkräftig und spürbar unterstützen.

Quellen: Artikel der GRANMA und Mesa Redonda

Angelika Becker